

Ottendorfer Zeitung

Lokalanzeiger und Anzeigebblatt für Ottendorf-Okrilla u. Umg.

Veröffentlichungstage: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend. Bezugspreis monatlich 1.10 RM. Einzelheft 20 Pf. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Störungen des Betriebes der Zeitung, der Lieferanten oder der Postvermittlungsanstalten hat der Abonnent keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene mm-Teile oder deren Raum 5 Pf. Alles weitere nach Abgabe u. laut auslegenden Tarif. Anzeigenannahme bis spätestens 9 Uhr vormittags des Erscheinungstages. Für Fehler in durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Jeder Anspruch auf Nachzahlung schließt die Klage ab. Rückzahlungen.

Diese Zeitung veröffentlicht die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinde-Verhände zu Ottendorf-Okrilla und des Finanzamtes zu Radeburg.
Hauptverleger: Georg Rähle, Ottendorf-Okrilla — — Vertreter: Hermann Rähle, Ottendorf-Okrilla — — Verantwortlicher Anzeigenleiter: Hermann Rähle, Ottendorf-Okrilla
Postfachkonto: Leipzig 29148. Druck und Verlag: Hermann Rähle, Ottendorf-Okrilla. Girokonto: Ottendorf-Okrilla 128.

Nummer 56 Fernruf: 231 Freitag, den 10. Mai 1935 Nr. 4.35 379 34. Jahrgang

Amtlicher Teil. Impfung betr.

Die öffentlichen Impfungen für den hiesigen Ort finden:

1. für Erstimpfungen Dienstag, den 14. Mai ds. Ja. vormittags 1/2, 11 Uhr im Hause des Herrn Dr. med. Förster, hier Radeburgerstraße 9.
2. für Wiederimpfungen Mittwoch, den 15. Mai ds. Ja. vormittags 1/2, 11 Uhr im Hause des Herrn Dr. med. Förster, hier Radeburgerstraße 9.

Nachschau.
Für Erst- und Wiederimpfungen Mittwoch, den 22. Mai ds. Ja. vormittags 1/2, 11 Uhr im Hause des Herrn Dr. med. Förster, hier Radeburgerstraße 9.

Ottendorf-Okrilla, am 6. Mai 1935.
Der Bürgermeister.

Oertliches und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, am 9. Mai 1935.

Treitet ein in die Kriegsoffiziersvereine!

Das Kriegsoffiziersamt bei der Gauleitung Sachsen des NSDAP gibt uns folgender Aufruf zu:
Kriegsoffizier, Frontsoldat, trete ein in die Nationalsozialistische Kriegsoffiziersvereine, der einzigen Soldatenorganisation, die durch das Kriegsoffiziersamt in die Partei eintritt und bereits vor der Machtübernahme zum Vorkommen gekommen ist. Anmeldungen ohne Aufnahmegebühr nehmen die Ortsgruppen und Stützpunkte der Nationalsozialistischen Kriegsoffiziersvereine entgegen.

Pfingsttagung des VDA in Königsberg

Der kommissarische Leiter des Sächsischen Ministeriums für Volksbildung macht in seinem Verordnungsblatt auf die diesjährige große Pfingsttagung des Volksbundes für das Deutsche Reich im Ausland in der Zeit vom 5. bis 16. Juni in Königsberg aufmerksam. Der deutschen Jugend insbesondere soll durch die Teilnahme an der Tagung Gelegenheit werden, den nicht so leicht erreichbaren Osten des deutschen Vaterlandes kennen und lieben zu lernen. Lehrkräfte und Schüler, die an dieser Tagung teilnehmen wollen, wird deshalb für unbedingte erforderliche Urkunden im Anschluß an die Pfingstferien erteilt.

Sächsischer Genossenschaftstag in Leipzig

Der Sächsische Genossenschaftsverband hält am 19. und 20. Mai in Leipzig seinen diesjährigen Verbandstag ab. Die Tagung wird am Sonntagabend mit einer Sonderveranstaltung der Kreditgenossenschaften eingeleitet, der am Sonntag eine Sonderveranstaltung der Waren-genossenschaften folgt; am Montag, 20. Mai, findet der ordentliche Verbandstag statt.

Schülerwettbewerb „Der Rote Hahn“

Im Zusammenhang mit der Jahreschau „Der Rote Hahn“ in Dresden beabsichtigt das Hauptamt für Volkserziehung in Zusammenarbeit mit dem Hauptamt für Erziehung der Reichsleitung der NSDAP die Durchführung eines Schülerwettbewerbs; sein Zweck und Ziel soll sein, die Schüler und Schülerinnen aller Altersklassen mit dem Kampfbegriff gegen Feuer vertraut zu machen. Aus jedem Schulhaus werden die besten Arbeiten ausgezeichnet. Die Preisträger erhalten eine freie Reise mit dreiwöchiger Aufenthalt in Dresden. Der Durchführender Ausschuss hat bereits seine Zustimmung zur Durchführung dieses Schülerwettbewerbs erteilt.

Erstlesebücher nur in deutscher Schrift

Nach einer Verordnung des Reichs- und preussischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung im Lateinunterricht (Antiqua) verwendet werden, sondern ausschließlich in deutscher Schrift (Fraktur) gedruckt sein. Die bisher allgemein betriebene Antiqua-Schreibweise, nach der die Kinder sich zunächst mit der römischen Schrift (der sogenannten Blockdruck) beschäftigten, hat, aus der die lateinische Schreibweise abgeleitet wurde, wird ab sofort in der deutschen Schrift gelehrt und nicht erst im dritten wie bisher. Das Besondere bewusster Deutsch-erziehung kennzeichnet also die Umwandlung des kleinen Lateinunterrichts in der ersten Klasse zum Ausdruck, die den Namen „Fraktur“ trägt. Der kommissarische Leiter des Sächsischen Ministeriums für Volksbildung, Göpfert, hat diese Forderung in seinem teilschulischen Inhalt nach als auch hinsichtlich seines künstlerischen Schmuckes vom sächsischen Lehrern im Auftrag des Nationalsozialistischen Lehrerbundes des Landes Sachsen genehmigt worden.

Jöhlen- und Stutenhauen

Nach einer im Sächsischen Verwaltungsblatt bekanntgegebenen Verordnung des sächsischen Wirtschaftsministers werden künftig die Jöhlen- und Stutenhauen in Sachsen nicht mehr vom Landstallamt sondern vom Verband „Sächsisches Pferdestammbuch“, dem Nachfolger des Landesverbandes Sächsischer Pferdezüchtervereine, abgehalten.

Verbot des Vereins „Ehrenbund Sächsischer Weltkriegsteilnehmer“

Der sächsische Minister des Innern hat auf Grund der Reichspräsidentenverordnung zum Schutz von Volk und Staat den Verein „Ehrenbund Sächsischer Weltkriegsteilnehmer“, Sitz Chemnitz, samt seinen etwaigen Untergliederungen für das Gebiet des Freistaates Sachsen aufgelöst und verboten. Wer sich als Mitglied des aufgelösten Vereins betätigt, ihn auf andere Weise unterstützt oder den durch den Verein geschaffenen organisatorischen Zusammenhalt weiter aufrechterhält, wird bestraft.

Mordanschlag auf einen Fabrikanten

Gegen den Fabrikanten Hugo Adler von Duerfurth in Schönheiderhammer wurde, als er gegen 9.30 Uhr abends in seinem im Erdgeschoss gelegenen Herrenzimmer am Schreibtisch saß, ein Schuß abgegeben, durch den die äußeren Scheiben der Doppelfenster zertrümmert wurden. Der Fabrikant blieb unverletzt. Wie festgestellt wurde, war der Schuß aus einem Jagdgewehr abgegeben worden, das später im Park gefunden wurde. Als Täter kommt der 23 Jahre alte Ernst Müller aus Schönheiderhammer in Frage, der sich kurze Zeit darauf freiwillig dem Amtsgericht Eibisfeld stellte; er bestritt jedoch eine Mordabsicht; der Anschlag zur Tat dürfte in persönlichen Erbitten zu suchen sein. Müller hatte schon vor längerer Zeit Drohungen gegen den Fabrikanten ausgesprochen.

Dresden. NS-Großflugtag am 7. Juli. Am Sonntag, 7. Juli, veranstaltet die Fliegerlandesgruppe 7 in Verbindung mit der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ auf dem Flugplatz Heiler den ersten diesjährigen NS-Großflugtag; er soll alle bisherigen derartigen Veranstaltungen sowohl in bezug auf die Vorbereitungen wie auch in bezug auf die teilnehmenden Flugzeuge übertreffen.

Dresden. Ein drittes Todesopfer forderte der schwere Unfall auf der Kreuzung Weitzner und Könnigsritztage. Das neun Monate alte Kind, das mit seiner Mutter aus dem einen verunglückten Wagen herausgeschleudert worden war, ist im Krankenhaus gestorben.

Bad Schandau. Zum vierten Mal abgelehrt. Beim Klettern im Schrammsteingebiet stürzte der Dresdener Angestellte Eiche ab und erlitt einen schweren Knöchelbruch; der Verunglückte mußte dem Krankenhaus zugeführt werden. Eiche war schon dreimal beim Klettern verunglückt.

Zittau. Das Fest der Oberlausitz. In großzügiger Weise wird auch unsere Stadt das Fest der Oberlausitz begehen. Die Festtage vom 27. Juni bis 7. Juli stehen unter dem Leitwort „Zittau im grünen Ring“; es werden u. a. Freilichtaufführungen abgehalten und eine große Ausstellung des Stadtmuseums veranstaltet werden. Für eine Briefmarkenausstellung in der städtischen Turnhalle hat die Reichspost ihre Mitwirkung zugesichert.

Zittau. Volksschadlingkommissar Arbeitshaus. Der hiesige Einwohner Wladislaw Maslowski war bereits im vorigen Jahr in Schughalt genommen worden, weil er vom Wohlfahrtsamt erhaltene Bekleidungsstücke verkauft hatte. Nach seiner Entlassung aus der Schughalt erhielt er vom Rath. Pfarramt Bekleidungsstücke für mehrere Zentner Kohlen, die er ebenfalls verkaufte. Als er vom Wohlfahrtsamt eine Zuwendung zur Einrichtung eines Handels mit Süßrüben erhielt, verlor er das Geld zum größten Teil. Er wurde jetzt in ein Arbeitshaus eingeliefert, wo er wohl Gelegenheit erhalten wird, sich das Arbeiten anzugewöhnen. Der nationalsozialistische Staat kann gegenüber solchen gewissenlosen Nichtstuern keine Rücksicht üben.

Zittau. Durch Staubwolken verunglückt. Auf der Straße nach Görlitz zwischen Hirschfelde und Zittau bemerkte Kaufmann in seinem Kraftwagen einen vor ihm fahrenden Lastkraftwagenzug erst im letzten Augenblick; er bremste seinen noch neuen Wagen so stark, daß er gegen einen Baum gelehndert wurde und sich seitlich nach dem Stroßengraben zu überschlug. Die Fahrer des Lastzuges befreiten den Verunglückten; er hatte erhebliche Schnittwunden an Gesicht und Händen erlitten, kam aber sonst ohne ernsthafte Verletzungen davon.

Glauchau. 65 Jahre gemeinsam durchs Leben. Das seltene Fest des 65jährigen Ehejubiläums konnte das Ehepaar Webermeister Christian Wehde feiern im Kreis von 4 Kindern, 19 Enkeln und 7 Urenkeln. Der Jubilar, der 90 Jahre alt ist, war noch bis zum 82. Lebensjahr als Weber tätig und ist im Besitz verschiedener Ehrenzeichen für Treue in der Arbeit.

Jöhstadt. Schullandheim eröffnet. In Gegenwart von Vertretern der Schulbehörden wurde das sehr schön in einem Wielengrund bei Grumbach gelegene neue Schullandheim des Glauchauer Staatsgymnasiums feierlich eingeweiht. Das neue Schullandheim ist auf dem Grundstück eines alten Mühlenbetriebes, der sogenannten Raummühle, mit einem Kostenaufwand von insgesamt RM 48 000, worin der Kaufpreis eingeschlossen ist, errichtet worden.

Chemnitz. Dreijähriges Kind verschunden. Seit Freitag mittag wird in Hammerleubsdorf, der in der Tannenmühle bei seinen Eltern wohnhafte dreijährige Knabe Johannes Heider vermisst. Das Kind war zuletzt im Hof der Bauhüttenkule gesehen worden; von dann ab fehlt von dem Kind jede Spur. Da man annahm, daß es ertrunken sein könnte, sind bereits die dortigen Gewässer abgesehen worden. Von der Gendarmerei und der Polizei ist unter Beteiligung der Angehörigen der Bauhüttenkule, des Arbeitsdienstes Eppendorf und der Feuerwehr die Suche nach dem vermissten Kind aufgenommen worden; bisher aber erfolglos.

Grimma. Schwere Unfall, der vermieden werden konnte. Einige Teilnehmer an einem Straßenrennen mußten auf der Hahnstädter Straße ein Verdespann, das aus einer Seitenstraße kam, passieren; der Radfahrer war nicht vorchriftsmäßig eingebogen. Während zwei der Radfahrer ohne Schaden an dem Fuhrwerk vorbeikamen, trat das scheuende Pferd dem dritten Radfahrer, Helmuth Schönbach aus Leipzig, ins Rad. Der junge Mann stürzte, blieb mit einem umgehängten Erlagschlauch an der Deichsel hängen und wurde mitgeschleift. Als man versuchte, ihn zu befreien, fiel er zu Boden und Pferd und Wagen gingen über ihn hinweg; sein Zustand ist als ernst zu bezeichnen.

Leipzig. Dem polnischen Konsul Michal Gadowski ist namens des Reiches das Exequatur erteilt worden.

Delsitz i. E. Im Schacht verhängt. Auf der Gewerkschaft „Deutschland“ wurde der vierjährige Bauer Martin Hübsch als Reibknecht durch Gefährdungen verhängt. Obwohl er sofort geborgen werden konnte, starb er bald darauf im Krankenhaus infolge Herzschwäche.

Plauen. Tages-Mütter-Erholungsstätte. Im Beisein von Vertretern der Stadt und der NSDAP wurde die Tages-Mütter-Erholungsstätte im Rittergut Sgrau eröffnet. In dem Heim werden den ganzen Sommer über Frauen aus Plauen, und zwar jeweils dreifach, auf drei Wochen Erholung finden. Die Frauen werden täglich mit einem Kraftomnibus nach Sgrau gefahren.

Welcher Mietzins ist zu zahlen?

Durch die Neuregelung der Mietzinssteuerentfernung bestehen in weitesten Kreisen der Mieterchaft und auch des Hausbesitzes Unklarheiten darüber, welchen Mietzins der Mieter ab April dieses Jahres zu entrichten habe. Der Beilegung dieser Unklarheit sollen folgende Ausführungen dienen, die uns der Verband der Sächsischen Grund- und Hausbesitzvereine zur Verfügung stellt.

In den Fällen, in denen der Mieter keine Mietzinssteuerbefreiung für seine Wohnung hat, ist der Mietzins grundsätzlich in der bisherigen Höhe an den Vermieter abzuführen.

In den Fällen, in denen der Mieter von der Mietzinssteuer befreit ist, ist zu beachten, ob der Mieter in einem Hause wohnt, für das der Jahressteuerfollbetrag der Mietzinssteuer 200 RM und mehr oder weniger als 200 RM ausmacht:

- a) Macht der Mietzinssteuerfollbetrag des ganzen Hauses für ein Rechnungsjahr 200 RM oder mehr aus, so hat der von der Mietzinssteuer befreite Mieter den Hausbesitzeranteil in der gleichen Höhe an den Hausbesitzer abzuführen wie bisher (im Regelfall 69,2 v. H. der Friedenmiet);
- b) wohnt der Mieter in einem Hause, für das der Mietzinssteuerfollbetrag im Rechnungsjahr weniger als 200 RM ausmacht, so hat der Mieter einen um den Mietzinssteuerfollbetrag erhöhten Hausbesitzeranteil an den Vermieter abzuführen, das heißt, daß er im Regelfall nicht wie bisher 69,2 v. H., sondern 79,4 v. H. an seinen Hauswirt zu zahlen hat. Die unterschiedliche Regelung ergibt sich daraus, daß der Hausbesitzer unter a) zur Reichsanleihe herangezogen wird, der Hausbesitzer unter b) dagegen von der Entgegennahme der Reichsanleihe freibleibt. Hat der Hausbesitzer für April auch in dem unter a) genannten Fall einen erhöhten Hausbesitzeranteil von den Mietern angenommen, so hat er den Unterschiedsbetrag den Mietern auf die Mai- bzw. Juni-Miete anzurechnen. Ebenso hat aber auch die Steuerstelle dem Hausbesitzer den Betrag auf künftige Mietzinssteuerzahlungen zu verrechnen, den der Hausbesitzer den von der Mietzinssteuer befreiten Mietern als „Mietzinssteuerentfernungsbetrag“ abgenommen und entgegen der jetzt endgültig getroffenen Regelung an die Steuerbehörde als Einzahlung auf Reichsanleihe abgeführt hat.



Im Interesse von Wahrheit und Gerechtigkeit

Das englische Oberhaus gegen die Ratsentschließung vom 16. April.

London, 7. Mai. Im Oberhaus fand am Dienstag eine durch einen Antrag Lord Diddingtons eingeleitete Aussprache über die gegen Deutschland gerichtete Entschließung des Völkerbundes vom 16. April statt.

Der Antrag lautete: Das Oberhaus bedauert die Annahme der dritten Schlußfolgerung der Ratsentschließung, da sie geeignet ist, die Meinungsverschiedenheiten zwischen den europäischen Nationen in einem Augenblick zu unterstreichen, wo alles getan werden sollte, um eine freundschaftliche Zusammenarbeit zustande zu bringen. Das Oberhaus ersucht die Regierung, im Benehmen mit den anderen Mächten die Verhandlungen mit Deutschland auf einer Linie wieder aufzunehmen, die für das deutsche Volk annehmbar ist und einen dauerhaften Frieden in Europa sichern wird.

Lord Diddington erklärte zur Begründung seines Antrages zunächst, daß er nicht notwendigerweise eine Abstimmung hier herbeizuführen wünsche, sondern er suche hauptsächlich eine Gelegenheit zu einer Erörterung über einen Abschnitt der laufenden Verhandlungen, der unter Umständen ihren Erfolg in Frage stellen könnte. Die Lage in Europa sei ernst. Wenn auch vielleicht nicht von einer unmittelbaren Kriegsandrohung gesprochen werden könne, so lehre Europa doch zu einer Vorkriegs-Atmosphäre zurück, die unermesslich zum Konflikt führen müsse, wenn sich nicht alle Völker der zivilisierten Welt zu einer Abwehramahme zusammenzuschließen. Im Laufe der Zeit habe sich herausgestellt, daß der Völkerbund selbst die ihm gestellten Ziele nicht alle erreichen könne. Eine neue Generation wache heran, für die der Weltkrieg eine Sache der Geschichte sei; zwei Drittel der Bevölkerung wüßten heute praktisch nicht, was das Land im Kriege durchgemacht habe. Deshalb müßten bei der Arbeit für den Frieden neue Methoden angewandt und an neue Gesinnungen appelliert werden. Das bezöge sich besonders auf Deutschland, wo die neue Generation rapide ihre Rechte geltend mache. Sie fühle sich für den Krieg nicht verantwortlich und wisse nicht, warum sie für die Handlungen einer Regierung leiden solle, von der sie sich seit langem selbst befreit habe. Diese Ueberlegung müsse angestellt werden, wenn man sich mit Deutschland beschäftige. Das sei bisher nicht ausreichend geschehen.

Nach den Erfahrungen, die Deutschland im Völkerbund und auf der Abrüstungskonferenz gemacht habe, sei es nicht überaus überraschend, daß das deutsche Volk im Völkerbund eine Einrichtung sehe, die sich seinen Wünschen in jeder Beziehung widersetze. Aus diesem Grunde habe man Hitler belästigt, als er den Austritt Deutschlands erklärte. Wenn die anderen europäischen Mächte Deutschland in Versailles so behandelt hätten wie die Engländer die Büren in Bereenignig, würde Europa wahrscheinlich schon wieder auf dem Wege zum Wohlstand sein. Es scheine ihm, dem Redner, als ob man heute wieder in denselben Fehler verfallen. Auf allen Seiten höre man sagen, daß man den Deutschen nicht trauen könne. Er wäge zu sagen, daß man zwar nicht allen Deutschen trauen könne, aber es sei absurd, zu sagen, daß die gesamte deutsche Nation nicht ihr Wort halten werde, und es sei natürlich, bei der Eröffnung von Verhandlungen gleich zu sagen, daß man nicht beabsichtige, sich auf etwaige Versprechungen zu verlassen.

Die Deutschen sähen den Versailles Vertrag in einem ganz anderen Licht als die Engländer, und er pflichtete der „Times“ bei, wenn sie sage, daß der Vertrag ohne Befragung der nahtgelegenen Mächte aufgestellt worden sei.

Der Teil V dieses Vertrages sei in Durchführung der 14 Punkte Wilsons, auf die hin die deutschen Truppen die Waffen niedergelegt hätten, eingefügt worden. Es sei vorgelesen worden, daß die nationalen Rüstungen vermindert werden sollten, und das sei von beiden Seiten als eine grundlegende Friedensbedingung angenommen worden.

16 Jahre seien seitdem vergangen, und keine allgemeine Verminderung oder Begrenzung der Rüstungen sei erzielt. Die deutsche Regierung vertritt die Ansicht, daß die anderen Mächte ihr Wort nicht gehalten hätten und daß daher dieser Teil des Vertrages für Deutschland nicht länger bindend sei. Diese Auffassung sei nicht unvernünftig. Alles das zeige, wie vorsichtig man bei der Meinungsbildung über diese Frage sein müsse.

Lord Diddington befahte sich dann im einzelnen mit der Entschließung des Völkerbundes vom 16. April, die er als unglücklich bezeichnete. Der Genfer Rat wolle sich jetzt mit der Frage beschäftigen, wie eine Nation gezwungen werden könne, ihr Wort zu halten. Diese Frage sei nach seiner Meinung unlösbar.

Die Scheidung Europas in zwei Lager, nämlich Deutschland und den Völkerbund, werde unvermeidlich sein, wenn der Völkerbund ermutigt werde, diese neue Politik weiter zu verfolgen.

Es sei jetzt an der Zeit, die Völker auf der Grundlage gegenseitiger Zusammenarbeit miteinander zu versöhnen, und er glaube, daß der gegenwärtige Augenblick hierzu günstig sei. Hitler habe klar und deutlich seinen Wunsch nach Frieden zum Ausdruck gebracht. Die Massen des deutschen Volkes wünschten den Frieden, England habe keinen Grund, sich vor Deutschland zu fürchten. Es müsse gewillt sein, seinen Blick zu machen, und man dürfe es nicht zugeben, daß persönliche und nationale Vorurteile den Weg zu einer wahren Brüderlichkeit der Nationen blockierten.

Nach Lord Diddington sprach der frühere britische Botschafter in Rom, Lord Kennell, der ebenfalls das Vorgehen des Völkerbundes tadelte. Er begrüße die Rede des Ministerpräsidenten vom vergangenen Donnerstag, da sie die Tür für Verhandlungen offen lasse und hoffe, daß diese Verhandlungen in einem besseren Geist der Fairness durchgeführt würden, als in der von Vorurteilen behafteten Vergangenheit möglich gewesen sei.

Der oppositionelle Liberale Lord Mottistone schloß sich dem Antrag Diddingtons „im Interesse der Wahrheit und Gerechtigkeit“ an.

Noch sei es Zeit, die Katastrophe der Isolierung Deutschlands zu vermeiden, die in einen neuen Krieg ausmünden müsse.

Er protestierte dagegen, daß Deutschland für die Notwendigkeit einer Wiederaufrüstung in der Luft verantwortlich zu machen sei. Lord Mottistone, der zu den britischen Abgeordneten in Versailles gehörte, schilderte hierauf den Vorgang der von Deutschland erzwungenen Unterschrift. Die Geschichte werde zeigen, daß nicht Deutschland, sondern die anderen Mächte ihr im Teil V abgegebenes Versprechen nicht erfüllt hätten. Er selbst sei davon überzeugt, daß es auch nicht einen einzigen Deutschen gebe, der Streitigkeiten

mit England wünsche. Es sei fessam, daß alles, was deutschseits getan würde, besonders in England als Feindseligkeit gegen alle anderen ausgelegt werde, daß aber keine Notiz davon genommen werde, wenn andere genau das Gleiche täten. Während der vielen Wochen, die er kürzlich in Deutschland zugebracht habe, sei er zu dem Schluß gekommen, daß die Deutschen ein sehr anständiges, freundliches Volk seien. Die Vorstellung, daß sie Englands natürliche Feinde seien, sei ihnen ebenso fremd wie ihm selbst. Der Redner beklagte hierauf, daß Deutschland immer von Seiten kritisiert werde, die das Land nicht besucht hätten. Der Leiter des Reisebüros habe ihm erzählt, daß von 2000 Personen, die in Sonderzügen Reisen durch Deutschland machten, ein großer Teil Briefe der Anerkennung geschrieben habe über die Gastfreundschaft, mit der sie von den Deutschen empfangen worden seien. Andere Schreiber lauteten:

„Wie verrückt wir doch sind, die Deutschen und ihre Regierung zur Feindseligkeit zu treiben.“

Während die Nazis den Krieg vorbereiten, arbeiten die Frontkämpfer für den Frieden.“

Im weiteren Verlauf der Oberhausausprache gab Lord Allen der Ueberzeugung Ausdruck, daß die britische Regierung heute eine größere Bereitschaft zur Fortsetzung der Verhandlungen mit Deutschland habe als seit geraumer Zeit. Nach einem Hinweis auf seine kürzlich mit vielen Mitgliedern der deutschen Regierung geführten Besprechungen bezeichnete Lord Allen es als nunmehr möglich, ein Abkommen über die Beschränkung der Rüstungen zu schaffen und eine Ueberwachung der Durchführung dieses Abkommens nach seiner Unterzeichnung zu sichern. Hierzu hätten nicht nur die alliierten Mächte ihre Zustimmung gegeben, sondern auch Deutschland selbst.

Das Problem, das jetzt den Weg blockiere, sei das Mißtrauen.

Es sei notwendig, eine Verhandlungstechnik ausfindig zu machen, die eine Beseitigung dieses Mißtrauens ermögliche. Lord Allen befahte sich dann mit den deutschen Luftplänen und fragte, was an ihnen als moralisch anfechtbar ausgelegt werden könne. Was die Landstreitkräfte betreffe, so fordere Deutschland eine Höchststärke von 550 000 Mann. Wenn man Deutschland mißtraue, warum nehme man dann nicht die gleiche Haltung gegenüber Sowjetrußland ein, das bereits 950 000 Mann besitze? Ueber Deutschlands Flottenpläne könne verhandelt werden, und er empfehle die Ausarbeitung eines endgültigen Planes. In der Luftfrage sei Deutschland zum Abschluß eines westeuropäischen Paktes bereit, und was den östlichen Luftpakt angehe, so nehme Deutschland lediglich dieselbe Haltung wie Großbritannien ein, das heiße, es könne sich nicht zur Teilnahme an irgendeiner Aktion verpflichten, deren nähere Umstände noch nicht festgelegt seien.

Das Mißtrauen könne nur beseitigt werden, wenn man von der „Flugzeugdiplomatie“, daß heiße Ausreden auf größere Entfernungen, Abstand nehme. Großbritannien sollte nicht nur Deutschland, sondern allen Nationen ein neues Abrüstungsabkommen vorlegen, das praktische Vorschläge entsprechend den auf den kürzlichen Erundungskonferenz gewonnenen Erkenntnissen enthalte, so daß man die Haltung jeder Nation zu einem festen Plan wisse. Falls dieser Plan von irgendeiner Nation abgewiesen werde, würde die moralische Stellung der anderen Länder unendlich härter sein als unter der Versailles Abrüstung oder den in Straß und Genf eingegangenen Entschlüssen. Niemand, der mit ausländischen Staatsmännern in den letzten Monaten Fühlung hatte, könne das ungeheure Ansehen bezweifeln, dessen sich Großbritannien zur Zeit erfreue. England habe in Europa keinen Feind, und es sollte seine moralische Stellung dazu benutzen, um genaue Vorschläge zu machen.

Lord Noel Buxton sprach von seinem kürzlichen Besuch in Deutschland und erklärte, das tiefe Gefühl der Ungerechtigkeit, das in Deutschland empfunden werde, habe auf ihn eben solchen Eindruck gemacht, wie die echte Furcht vor dem Kommunismus. Der grundlegende Fehler in der bisherigen britischen Politik sei auf den überwiegenden Wunsch zurückzuführen, Frankreich gegenüber loyal zu sein.

In Frankreich erhoffte man eine Politik der Entzweiung, die aber England nicht mitmachen dürfe.

Der Redner schloß hierauf die Leidenzeit Deutschlands in den Jahren nach dem Kriege, um zu dem Ergebnis zu kommen:

Aus aller Welt.

* Noch zwei weitere Mörder im Beathemer Gebiet festgenommen. Nachdem es der Kriminalpolizei in Zusammenarbeit mit der Schutzpolizei gelungen war, in Michigan die beiden wegen verschiedener Raubüberfälle gesuchten Brüder Wolkin unschädlich zu machen — wie gemeldet wurde, wurde der eine der beiden, der heftige Gegenwehr leistete, bei der Festnahme erschossen —, gelang es jetzt in einem Gehölz nördlich von Milwaukee den bisher vergeblich gesuchten Komplizen der beiden, Kowal, ausfindig zu machen. Kowal ließ sich von den ihn überraschenden Kriminalbeamten widerstandslos festnehmen, während der in seiner Begleitung befindliche Robert Drzjiga aus Milwaukee, der wahrscheinlich auch an den verhängenen Raubüberfällen beteiligt gewesen ist, auf die Beamten schleichen wollte. Einer der Kriminalbeamten machte Drzjiga durch drei Schüsse kampfunfähig. Der Verletzte mußte in ein Krankenhaus gebracht werden.

* Abtuz eines Fördertorbes. — Sechs Bergleute getötet. Wie aus Billeesbarre in Pennsylvania gemeldet wird, stürzte in einem dortigen Kohlenbergwerk ein Fördertorb plötzlich aus 170 Metern Höhe ab. Sechs Bergleute wurden getötet, mehrere weitere verletzt.

* 500 Verhaftungen in Manila. Im Zusammenhang mit der Unterdrückung des Salsaliten-Aufstandes hat die Regierung weitere Verhaftungen vorgenommen. Die Gesamtzahl der verhafteten Aufständischen beträgt jetzt 500. Daß die Rube auf den Philippinen doch noch nicht ganz wieder hergestellt ist, beweisen die zahlreichen Gerüchte über neue Aufstandsbewegungen, die von den Behörden nachgeprüft werden. So soll u. a. in Cavite eine Verschwörung zur Ermordung mehrerer Philippino-Führer aufgedeckt worden sein.

* In Ostanatolien hat sich ein schweres Erdbeben ereignet, bei dem eine große Anzahl von Häusern gänzlich und mehr als 150 Häuser zum Teil zerstört wurden.

kommen, daß die politische Entwicklung in Deutschland zu natürlich gewesen sei. Im weiteren Verlauf seiner Rede übte Lord Noel Buxton an der deutschen Innenpolitik Kritik und sagte, wieder zur Außenpolitik übergehend, der Schluß wörtlich folgendes: „Wir müssen erkennen, daß ein Blick ist, daß Hitler sehr englandfreundlich ist. Er hat der Ansicht, daß Englands Aufgabe darin besteht, ein Mittel zwischen Deutschland und Frankreich zu sein. Er hat sich bei Polen in einer Weise befaßt, die niemand für möglich gehalten hat. Er hat das gelöst, was die unzulässige Aufgabe in Europa zu sein schien.“

Nach einer Rede Lord Newtons, der ebenfalls nicht einzusehen vermochte, warum England mit Deutschland nicht auf gleich gutem Fuße stehen könne wie mit Frankreich oder Italien, nahm Lord Cecil das Wort in einer Rede, die in der Behauptung gipfelte, daß die jüngere Generation in Deutschland in den letzten zwei Jahren militärischem Sinne erjogen worden sei, was Lord Newton zu der Zwischenfrage veranlaßte, ob Lord Cecil wirklich in Deutschland gewesen sei. Cecil mußte diese Frage verneinen, was Notikone zu dem entrüsteten Ruf veranlaßte: „Wie kann man es wagen, über ein Land zu sprechen, das man nicht gesehen hat!“

„Cecil schloß mit der Aufforderung an die englische Regierung, eine endgültige Abrüstungspolitik zu betreiben, die auch Sanktionen einschließen müßte.“

Lord Boshian warf die Frage nach der wahren Schöpfung des letzten Teiles der Genfer Entschließung auf. Was ihn beunruhige, sei die Tatsache, daß dieser Teil zu bedeuten scheine, jedes Land der Welt sollte verpflichtet werden, den Status quo unter Kriegsandrohung aufrecht zu erhalten. Das sei eine ungeheure Erweiterung der Verpflichtungen zum Kriege, und er hoffe, daß die Regierung hierzu ihre Hand nicht bieten werde.

Lord Bonsonby, der für die arbeiterteilige Opposition sprach, sagte, er glaube, daß die deutsche Volk, wenn er die Berichte über diese Ausreden lese, das Maß tiefer Sympathie erkennen werde, das England für die deutsche Nation und das deutsche Volk zu haben lie, ebenso wie den Wunsch, Deutschland zu helfen und es in die Gemeinschaft der Nationen zu holen.

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Lord Stanhope, antwortete hierauf für die Regierung: Er hoffe immer noch, daß ein Rüstungsabkommen möglich sein werde. Was die Genfer Entschließung angehe, so sei sie von allen Mitgliedern des Rates mit Ausnahme Dänemarks angenommen worden. Lord Stanhope ging dann die Präambel der Genfer Satzungen, die sich auf die Notwendigkeit einer uneingeschränkten Achtung vor den vertraglichen Verpflichtungen beziehe und entwickelte sich auf den Standpunkt der Regierung über den Gang der außenpolitischen Ereignisse in den letzten Monaten, so wie er aus den jüngsten Reden MacDonalds und Simons hervortritt bekannt ist. Wenn man jetzt einem wiederholten Deutschland gegenüberstehe, so müsse man sich natürlich fragen, was der Grund für diese Änderung sei. Zahlreiche Redner hätten anerkannt, daß MacDonald und Simons in ihren in der vergangenen Woche gehaltenen Reden eine eindeutige Einladung an Deutschland hätten ergoßen lassen. Er erinnere an die Äußerung Simons, daß Deutschland durch seine kürzlichen Handlungen das Gefühl der Sicherheit in Europa ernstlich erschüttert hätte und daß dieses Gefühl nicht durch Worte, sondern durch Handlungen wieder hergestellt könne.

Was den Vorschlag auf eine Wiederbelebung der Abrüstungskonferenz angehe, so hoffe England, eine Rüstung von 200 000 Mann für alle Hauptländer Europas zu erreichen. England erwarte von Deutschland jetzt einige endgültige Vorschläge; es müsse abgewartet werden, ob Vorschläge für einen Luftpakt entsprechend den englischen Vorschlägen gemacht würden.

England habe zu seiner eigenen Information einen Luftpakt entwickelt, und zweifellos hätten Frankreich und Italien dasselbe getan. Möge Deutschland praktische Vorschläge machen, die uns in die Lage versetzen, die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Deutschland habe die von anderen Ländern gemachten Vorschläge häufig kritisiert. Es schäme nicht den Ostpakt und andere Dinge. Möge es jetzt andere Vorschläge machen und man werde zusehen, ob eine Vereinbarung über diese Vorschläge erzielt werden könne, an denen Deutschland selbst teilnimmt.

Lord Diddington, der den Antrag über die Entschließung eingebracht hatte, erklärte zum Schluß, daß der hiermit beabsichtigte Zweck durch die Aussprache erreicht worden sei, so daß er nunmehr den Antrag wieder zurückziehen könne.

* Dynamitexplosion bei Ausbesserungsarbeiten Eisenbahntunnel. In Nueva Puebla bei Zamora (Spanien) explodierte aus bisher unbekannter Ursache bei Ausbesserungsarbeiten in einem Eisenbahntunnel ein Behälter mit Dynamit. Drei Arbeiter wurden von den losgerissenen Steinmassen auf der Stelle getötet und drei weitere lebensgefährlich verletzt.

* Selbstmord einer indischen Familie im brennenden Brunnen. Unweit von Erode (Madras) wurde eine fünfköpfige Familie durch Dampf zum Selbstmord gezwungen. Die Familienmitglieder stülten einen Brunnen, den sie auf ihrem Land gegraben hatten und der sich als wasserlos erwies, mit Reisig und hohen Petroleum nach, die nahm die Familie die heiligen Waschungen vor, die sie gewöhnt an und setzte das Reisig in Brand. Die Frau sprang zunächst der Vater in den Schacht. Die Tochter konnte durch Nachbarn gerettet werden, alle anderen wurden ertränkt.

* Großfeuer bei Delhi. — 150 Häuser zerstört. Simla (Brit. Indien) wird gemeldet: In der 20 Kilometer von Delhi entfernten Ortschaft Mehroli wurden 150 Häuser durch ein Großfeuer zerstört. Auch erhebliche Mengen Getreide und Futtermittel wurden durch die Flammen vernichtet. Zahlreiche Bewohner sind obdachlos und ihre gesamte Habe verloren.

* Schwere Explosion in den Kohlengruben von Itaibo. In einer der Kohlengruben auf der japanischen Insel Hokkaido ereignete sich eine schwere Explosion. 54 Arbeiter werden vermisst. Ihre Rettung erscheint als aussichtslos.

* Große Ueberschwemmungen im Staat Louisiana. Neuport wird gemeldet: Im Distrikt Louisiana verursachte heftige Regenfälle große Ueberschwemmungen. In deren Folge schwer heimgefaßt wurde die Stadt Opelousas. In der bis hierher vorliegenden Meldungen sind fünf Personen getrunken.

Neues Brotgesetz.

Das bisherige Mindestgewicht von 500 Gramm auf 750 Gramm heraufgesetzt.

Die Reichsregierung hat ein Gesetz zur Änderung des Brotgesetzes beschlossen, das jedoch im Reichsgesetzblatt veröffentlicht wird. Danach wird bestimmt, daß Brot gewöhnlich nur in bestimmten Gewichten hergestellt werden darf. Bisher galt diese Vorschrift lediglich für solches Brot, für das ausschließlich oder überwiegend Weizenmehl verwendet werden. Die Zunahme des Verbrauchs von inländischem Weizen als Brotmehl machte die Ausdehnung dieser Bestimmung auch auf die anderen Brotarten, wie Roggen- und Weizenbrot, erforderlich. Der Verbraucher wird dadurch nunmehr bei allen Brotarten vor Ueberverteilung durch Veranschlagung eines zu niedrigen Brotpreises geschützt.

Weiterhin wird das bisherige Mindestgewicht für Brot von 500 Gramm auf 750 Gramm heraufgesetzt, soweit das Brot aus 20 und mehr Hundertteilen Roggenmehl oder Roggenbrot hergestellt ist (Schwarz-, Roggen- und Mischbrot). Der Brotmarkt wird hierdurch von allzuvielen Brotgößen bereinigt.

Die Mindestgewichtsgrenze für die übrigen Brotarten (insbesondere Weizenbrot und Spezialbrote) wird auf 500 Gramm festgesetzt, weil diese Brote bisher durchweg kleiner als Roggen- und Mischbrot hergestellt wurden. Durch diese Mindestgewichtsvorschriften wird im übrigen verhindert, daß in unwirtschaftlicher Art zu kleine Brote hergestellt werden.

den. Die bisher gültige Bestimmung, wonach Kleingebäck, d. h. Brot bis 250 Gramm, nicht unter die Gewichtsvorschriften fällt, wird aufrechterhalten.

Weiterhin wird für Brot, das in Packungen oder Behältnissen in Scheiben geschnitten verkauft wird, ebenfalls ein Mindestgewicht und eine Gewichtsskala, sowie

ein Zwang zur Kennzeichnung des Gewichtes

eingeführt. Dadurch werden Umgehungen der Gewichtsvorschriften durch Verkauf des Brotes in Scheiben verhindert.

Nummer 2 des Gesetzes bringt eine Anpassung der Zuständigkeit auf Grund des Brotgesetzes in der bisherigen Fassung an die Vorschriften der Verordnung zur Ordnung der Getreidewirtschaft. Den Zusammenschlüssen der Getreidewirtschaft wird die Verfügung gegeben, Ausnahmen von den Gewichtsvorschriften für geschnittenes Brot zuzulassen, um zur Vermeidung von Härten Uebergangsvorschriften zu ermöglichen. Aus dem gleichen Grunde tritt das neue Gesetz auch nicht sofort in Kraft, sondern erst zu einem Zeitpunkt, den der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft bestimmt. Den beteiligten Wirtschaftsgruppen kann so insbesondere auch für die Umstellung auf die Gewichtsvorschriften und zum Verbrauch von noch vorhandenen abweichenden Packungen eine angemessene Uebergangszeit gewährt werden.

Der italienische Aufmarsch gegen Abessinien.

Bisher 284 000 Mann für Afrika mobilisiert.

Rom, 7. Mai. Wie amtlich mitgeteilt wird, hat Mussolini die Mobilisierung der Sabauda-Division in Cagliari und zugleich die ersten beiden Schwarzhemden-Divisionen, „23. März“ (Tag der Gründung des „Fascio di Combattimento“) und „28. Oktober“ (Marsch auf Rom) anberaumt. Ferner wurde ein Bataillon Schwarzhemden in Palermo und zwei weitere Bataillone in Ravenna und Forlì mobilisiert.

Weiter wurde offiziell die Einberufung der Reservisten des Jahrganges 1913 bekanntgegeben. Die Reservisten dieses Jahrganges hatten vor sechs Monaten Ausbildung. Mit diesem Anstand erklärt sich die Tatsache, daß der gesamte Jahrgang ebenso einberufen wurde, wie die Jahrgänge 1911 und 1914. General de Bono, der Generalbevollmächtigte für Italienisch-Ostafrika, hat

die Mobilisierung der zweiten Eingeborendivision von Erythra

angeordnet. An Stelle der einberufenen Mannschaften der Sabauda-Division werden neue Mannschaften ausbezogen, von die Truppen der eingetriebenen Divisionen zu ersetzen. Auch die verschiedenen Schwarzhemdenbataillone werden sofort wieder aufgestellt.

Die außerordentlichen Maßnahmen werden einerseits mit der

fortschreitenden Mobilisierung Abessiniens begründet, außerdem aber weist man darauf hin, daß verschiedene europäische Waffenfabriken große Mengen von Waffen und Kriegsgüter nach Abdis Ubeda geschickt hätten. Nach den heutigen Mobilisierungsmaßnahmen beträgt die Kriegsmacht der italienischen Ostafrikaarmee rund 284 000 Mann.

Scharfe italienische Sprache gegenüber Abessinien.

Rom, 7. Mai. Die amtliche Mitteilung über weitere militärische Maßnahmen gegen Abessinien macht im Mittelpunkt der Erörterungen der italienischen Presse, die in ganzseitigen Ueberschriften die Notwendigkeit der Gewährleistung der Sicherheit der italienischen Kolonien betont. Das halbamtliche „Giornale d'Italia“ erklärt in seinem Leitartikel, die Entwicklung der Lage in den Grenzgebieten verlange immer mehr Vorbeugungsmaßnahmen. Die militärischen Maßnahmen Abessiniens

immer deutlicher italienspezifischen Charakter an. „Tribuna“ unterstreicht mit dem „Giornale d'Italia“ und dem „Lavoro Fascista“ die vollkommene Verschmelzung, die sich auch jetzt wieder zwischen den regulären Kräften des italienischen Heeres und den bewaffneten Verbänden der faschistischen Revolution vollkommen bewähre.

„Tribuna“ und „Lavoro Fascista“ weisen noch besonders auf Waffenlieferungen der europäischen Rüstungsindustrie hin.

Zu lebhaften Kundgebungen zugunsten der italienischen Politik in Ostafrika kam es am Dienstag nachmittag in der Kammer bei der Genehmigung des Kolonialhaushaltes. Staatssekretär Lessona entwarf ein anschauliches Bild von der kolonialen Politik Italiens, wobei er mit Genugtuung die französisch-italienische Verständigung und die damit verbundenen territorialen Zugeständnisse Frankreichs in Ost- und Nordafrika, sowie die Grenzregulierung zwischen Libyen und dem englisch-ägyptischen Sudan besonders behandelte. Der zweite Teil der Rede war ausschließlich dem Streit mit Abessinien gewidmet. Lessona warf Abessinien Nichterhaltung des Freundschaftsvertrages vor und sagte, Abessinien habe die wirtschaftlichen Abmachungen und Pläne Italiens systematisch vereitelt. Die Beziehungen mit der abessinischen Regierung hätten immer beorgnis-erregendere Formen angenommen. Gegenüber dieser Lage könne die faschistische Regierung nicht mehr weiter zögern. Die Frage der Beziehungen zwischen den beiden Ländern müsse ein für allemal im Interesse der Sicherheit von Erythra und Somali, wie auch im Hinblick auf das Ansehen und die Würde der italienischen Politik klar gelöst werden. Italien habe das Recht, zu verlangen, daß Angriffe, wie sie sich in Ualual und Adub zugetragen hätten, nicht mehr vorkämen. Aber das allein könne nicht genügen. Italien müsse auch verlangen, daß die Verpflichtungen des Freundschaftsvertrages vom Jahre 1928 eingehalten werden, und daß die unsichere Politik eines Grenzstaates, der keine Garantie für ein friedliches Zusammenleben gebe, ein Ende nehme. Gehor der Stunde sei daher für Italien, die Sicherheit und Zukunft seiner Besitzungen in Ostafrika zu garantieren.

Neue Note Abessiniens an die italienische Regierung.

Rom, 7. Mai. Die italienische Regierung ist mit der Prüfung einer neuen Note Abessiniens über das Schlichtungsverfahren im italiensisch-abessinischen Streitfall befaßt.

Die italienische Presse betont, da diese Note mit erheblicher Verpöschung abgehandelt sei, da der italienische Gesandte in Addis Abeba schon vor längerer Zeit Weisungen zur Besprechung dieses Verfahrens erhalten hätte. Der italienische Gesandte sei aber trotz seiner Bemühungen vom abessinischen Außenminister noch nicht empfangen worden und zwar, wie von abessinischer Seite angegeben werde, wegen der abessinischen Osterfeierlichkeiten. Er habe deshalb über diese Frage noch nicht verhandeln können.

Die Mobilisierung der drei neuen Divisionen.

Italienische Begründungen.

Mailand, 8. Mai. Die Mobilisierung der drei neuen Divisionen zum Schutze der angeblich von Abessinien bedrohten italienischen Kolonien bildet das Hauptthema der heutigen Blätter.

Der „Corriere della Sera“ erklärte, daß Abessinien allen gerechten Forderungen Italiens Widerstand entgegengeleitet habe. Das Blatt betont, daß die neuen Maßnahmen Italiens keineswegs als Angriff, sondern lediglich als Vorsichtsmaßnahmen anzusehen seien. „Popolo d'Italia“ hebt hervor, Italien wolle in Ostafrika die zivilisatorische Mission Europas verteidigen und seine Kolonien mit Entschlossenheit gegen jede Ueberrasschung schützen. Die Verteidigung der beiden Kolonien, denen Italien längere Jahrhunderte der Arbeit gewidmet habe, indem es die Zivilisation hintrug, wo Sklaverei und barbarische Anarchie herrschten, sei nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht. „Stampa“ hebt es als äußerst bedeutungsvoll und als ein Anzeichen für die vollständige Verschmelzung der regulären Truppen mit den Streitkräften der Revolution hervor, daß zu den drei Heeresdivisionen nun auch zwei Schwarzhemdendivisionen kommen. Weiter meldet das Blatt auf Grund von Informationen aus Aden, daß etwa 1000 Tonnen Waffen und Munition als Konterbande nach Abessinien eingeführt worden seien. Die Waffen seien als für südamerikanische Staaten bestimmt bezeichnet worden, aber dann habe man den Bestimmungsort geändert. — „Gazeta del Popolo“ schreibt, man stehe in Abessinien einer Lage gegenüber, die geklärt werden müsse, denn längere Duldung sei unmöglich. Es gehe um das Prestige und das Geld Italiens. Die militärischen Maßnahmen und die Drohungen Abessiniens könnten nur entsprechende Gegenmaßnahmen zur Verteidigung von seitens Italiens auslösen. Trotz der Vorzüge für die kolonialen Erfordernisse würden auf dem Kontinent weitere 600 000 Mann zum Schutze der europäischen Lage und der Sicherung gegen jedes Ereignis unter den Waffen bleiben.

Mißtöne zu Lavals Moskareise.

Paris, 8. Mai. Die Reise des Außenministers Laval nach Moskau scheint von einem französischen Zeitungskrieg gegen Sowjetrußland begleitet werden zu sollen. Nachdem dem Berichterstatter des „Matin“ das Einreisevisum nach Sowjetrußland gelegentlich der bevorstehenden Reise des französischen Außenministers nach Moskau erteilt worden ist, teilt das „Journal“, dessen Berichterstatter vor einigen Wochen ebenfalls das Einreisevisum nach Sowjetrußland verwelgert worden ist, mit, daß außer dem „Matin“ und „Journal“ auch „Petit Parisien“ und „Echo de Paris“ sowie der „Figaro“ davon absehen, anlässlich der Reise Lavals nach Moskau Sonderberichterstatter dorthin zu entsenden. Das „Journal“ sagt sogar hinzu, selbst wenn die Sowjetbotschaft schließlich doch noch die beantragten Visa bewilligen würde, würde es keinen Mitarbeiter in ein Land mit einem so wenig zivilisierten Regime entsenden.

Der „Matin“ selbst bepricht Lavals Reise nach dem Osten bereits lediglich als „Wartstauer Reise“ und erklärt, in der Führungsnahme des französischen Außenministers mit den politischen Persönlichkeiten Polens liege das Hauptinteresse, denn die platonische Reise nach Moskau werde die Harmonie der französisch-sowjetrußischen Beziehungen auch nicht heben.

Die Schuld der Anna Sulzer

Roman von Kurt Martin.

Monatlich im Verlag Neues Leben, Bonn. (Gmail.)

(Nachdruck verboten.)

„Ja, ja. — Auf so einen Gedanken konnten auch nur Sie kommen. — Ihre Frau! Oh, wenn Sie zu sich kommt und hört, das Kind ist am Leben und gesund. Ist es natürlich eine große Freude für Sie. Sie wird um so schneller genesen. — Sie wird aber betrunken. — So schlimm ist das ja gerade nicht. Aber immerzu. — Na, ich sage nichts, von mir erzählt niemand etwas. — Hausarbeit ist doch die Dame immer schwer. — Und ihre Tochter muß natürlich so schnell wie möglich für immer fort. — Wenn Sie die Sache wehren und verantworten wollen. Sie hat ja auch viele gute Seiten. — Ich rate Ihnen nicht ab. — Da muß ich mich mit um etwas kümmern. — Aber lassen Sie ja, daß Ihre Frau nie etwas erzählt. Sie wollen jetzt ihr Glück. Erinnere sie einmal, das Kind ist nicht ihr eigenes, wäre ihr Glück am Ende für immer vorbei.“

Christoph Dullers Stimme klang ganz leise.

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

Es gab wieder Sonnenschein und blauen Himmel. Ein frischer, erquickender Wind wehte und jagte kleine weiße Wölflinge am Horizont entlang. Warm, heiß war es wieder. Aber nichts mehr von der drückenden Schwüle der vorhergehenden Tage war zu merken. Der reiche Gewitterregen hatte die ganze Natur neu belebt.

Auf dem Büchelhof hatten sich an dem weissen Nachmittagslicht die Menschen angehäuft. Alle dunkel, zum Teil schwarz gefleckt, mit roten, weißhaltenden Mienen. Sie wollten Karl Büchel das letzte Geleit geben. Immer noch mehr fanden sich ein. Christoph Duller war schon mittags gekommen und umfing die Leidtragenden. Er hatte sich für ein paar Stunden freimachen können. Anna lag noch fiebernd darnieder. Aber Doktor Specht war im großen Saal zusammen mit ihrem Zustand zufrieden.

Immer von neuem mühte der Müller heute Ausankt geben. Er war, wie in das Trauerhaus kam, wollte auch Christoph Duller kommen. Gestalteten wollten sie ihm alle zu dem fröhlichen, gelassenen Kinde, das ihm sein Weib gekostet hatte, und Glück wünschten. Das Anna's Star' keine lästigen Folgen hatte und dem Kinde dabei nichts geschah. Wie es Anna aima, wollten sie wissen. Ein

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“

„Ich will es, und es wird schon gut werden.“





Der Führer sagt: „In meinem Staat ist die Mutter die wichtigste Staatsbürgerin“. Die Mütterlehrgänge belehren die Frauen über ihre Pflichten in Familie, Haus und Volk. Darum geht für die haus- und Straßenreinigung des Reichsmütterdienstes im Deutschen Frauenwerk am 10. und 11. Mai.

Muttertag — gestern und heute

von Erika Zimmermann

Wie alle Feste und Feiertage der Deutschen durch die Weltanschauung des Nationalsozialismus einen neuen Sinn erhalten haben, so auch der Muttertag. Einst war er ein Nachwerk geschäftstüchtiger Kaufleute, die von diesem Appell an die Gefühlswelt des Volkes eine Belebung ihres Handels erhofften und ihn daher mit allen Mitteln populär zu machen versuchten. In der Tat gelang ihnen das auch, wäre es sonst möglich gewesen, nach dem Muttertag auch noch einen Vatertag einzurichten zu wollen? Dieses Unternehmen scheiterte, mußte scheitern, weil das Volk die Beweggründe erkannte.

Bunte Plakate, die in leuchtenden Farben Geschenke aller Art für den Muttertag anpriesen, haben und von den Anschlagtafeln und aus den Schaufenstern an. Ruhsten sie nicht bei Kindern und oberflächlichen Menschen den Eindruck erwecken, daß mit einem Geschenk, mit einer materiellen Gabe, die Mutterliebe für ein ganzes Jahr sich belohnen ließe? Eine Tafel Schokolade oder einen Blumenstrauß seiner Mutter zu bringen — sollte das wirklich der Sinn des Muttertages sein?

Wir wollen heute um die größere, tiefere Bedeutung dieses Tages. Die Mutter gilt uns wieder als Hüterin und Bewahrerin des Höchsten, was wir besitzen — des Blutstromes unseres Volkes. Wie könnten wir uns damit begnügen, sie mit allen Gaben und Worten der Liebe und des Dankes an einem einzelnen Tage zu überschütten? Nein,

Christl. Frauendienst

Dienstag, den 14. ds. M. abends 8 Uhr findet auf der Wachbergstraße ein musikalisch. Abend statt. Hierzu werden die Frauen der Kirchengemeinde herzlich eingeladen.

Gleichzeitig wird gebeten, auch den Festgottesdienst d. i. M. am Sonntag, 3 Uhr, recht zahlreich zu besuchen.

Die Leiterin.

Das Seifersdorfer Tal

Preis 50 Pfennig

Von Walter Buchholz, Seifersdorf

Zu haben in der

Buchhandlung

Hermann Rühle.

Kaufmännische u. gewerbliche Drucksachen jed. Art liefert schnell, sauber und billig, in ein- und mehrfarbiger Ausführung die Buchdruckerei von Hermann Rühle, Ottendorf-Okrilla

Größte Auswahl

vorgez. Tischdecken

verschiedener Größe in modernsten Mustern und Stoffen sehr preiswert zu haben im

Kaufmännische u. gewerbliche Drucksachen jed. Art

Kaufmännische u. gewerbliche

Kaufmännische u. gewerbliche

unser ganzes Leben sei unter Vorr. und dieser Tag nur Erinnerung und Mahnung. Doch nicht nur der eigenen Mutter wollen wir an diesem 12. Mai Freude bringen, sondern auch denen Licht und Frohsinn ins Haus tragen, die arm und alt sind und deren Kinder nicht mehr bei ihnen sein können, weil sie gefallen sind im Kampf für Deutschlands Freiheit und Größe, im Krieg und — im Frieden. Für andere Frauen und Mütter eine Liebestat zu tun — das sei unsere Aufgabe am Muttertag des Dritten Reiches.

Hitler-Jugend am Sonntag dienstfrei

Wie das Sächsische Ministerium für Volksbildung mitteilt, sollen auf Grund eines Erlasses des Reichsjugendführers über die Dienstfreiheit der Hitler-Jugend am Muttertag die für Sonntag, 12. Mai, vorgelegenen Feiern der Hitler-Jugend in den Schulen ausfallen; damit erledigt sich der Abschnitt II der Verordnung des Ministeriums für Volksbildung vom 3. Mai ds. J. (MVB. Seite 41). An dem Abschnitt I, der für Sonnabend, 11. Mai, einen Muttertag der Schulen anordnet, ändert sich dagegen nichts.

Zusätzlich teilt die Gebietsführung der Hitler-Jugend noch mit: Es ändert sich nichts an der vom Reichsländer Leipzig für Sonntag 10.30 bis 11.10 Uhr vorgelegenen Rundfunkübertragung; es wird erwartet, daß die Angehörigen der Hitler-Jugend die Übertragung möglichst im Familienkreis anhören.

Sachsen fahren durch Deutschland

„Kraft durch Freude“ Kartell zu neuen Fahrten
Von der Bezirksleitung Sachsen der DAF wird geschrieben:

Eigentlich hat es ja eine Pause überhaupt nicht gegeben, seitdem vor nun mehr als einem Jahr die ersten Urlaubszüge der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ durch das Land rollten. Auch im Herbst und Winter und in den vergangenen Wochen wurden ununterbrochen Urlaubs- und Wochenendfahrten durchgeführt; allein an den Wochenendfahrten beteiligten sich seit Anfang dieses Jahres in Sachsen 90 000 Volksgenossen und -Genossinnen.

Die Urlaubszüge allerdings hatten in den letzten Wochen nicht den gewünschten Zuspruch gefunden. Die falsche Auffassung, daß man nur in den zwei und drei Sommermonaten verreisen könne, hat unsere Arbeitskameraden davon abgehalten, sich zu den Fahrten im April und Mai so anzupacken, wie wir es erwartet hatten. Trotz zahlreicher Hinweise und Mahnungen haben sie sich leider immer noch nicht davon überzeugen lassen, daß gerade im Frühjahr das Reisen besonders angenehm und schön ist.

Jetzt setzt nun der Andrang in voller Stärke ein, und sowohl die Urlaubszüge als auch die Wochenendfahrten sind voll besetzt. In diesen Tagen sind einige tausend sächsische Urlauber unterwegs, und von den Fahrten in den Sommermonaten sind zahlreiche schon ausverkauft. Am vergangenen Sonnabend fuhren 800 Urlauber in den Schwarzwald und die gleiche Zahl an den Rhen. In der Nacht vom Montag zum Dienstag fuhren fast 2000 Urlauber in zwei Sonderzügen nach Hamburg, um an der ersten Seefahrt des Gaus Sachsen mit der „St. Louis“ teilzunehmen. Am Mittwoch wird der Dampfer in See gehen, nachdem zuvor der Gauwaller der DAF, Bg. Reilich, seinen Arbeitskameraden in Hamburg frohe Reisegrüße überbracht hat.

Am vergangenen Sonntag weilten 1200 Arbeitskameraden und Kameradinnen aus Annaberg und Buchholz in der Sächsischen Schweiz. Die fahrplanmäßigen Dampfer der Sächsisch-Böhmischen Dampfschiffahrt beförderten außerdem eine ganze Anzahl Wandergruppen der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“, die zu frohen Wanderfahrten in die Sächsisch-Schweiz oder nach dem Wandererheim der DAF und NSB „Kraft durch Freude“ in Königstein fuhren. Auch in andere Teile Sachsens waren am vergangenen Sonntag die Wochenendzüge unterwegs, so in Chemnitz, Annaberg, Meißen usw. Am vergangenen Sonnabend hatten sich in Dresden 700 Urlauber aus dem Gau Hessen-Rosau und Kurhessen eingefunden, die sich auf der Rückfahrt von der Sächsischen Schweiz nach Frankfurt a. M. befanden.

Nun rollen wieder Tag für Tag und Woche für Woche die Züge der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ durch das Land. Jeder Sonntag wird Tausende und Zehntausende hinausführen in alle Teile unseres Sachsenlandes oder über seine Grenzen hinaus. Noch Zehntausende von Anmeldungen zu unseren Urlaubsreisen auch in der Sommerzeit können angenommen werden. Der Aufruf, den wir jetzt in der gesamten sächsischen Presse veröffentlichten und der auch an den Anschlagtafeln aller sächsischen Betriebe zu lesen ist, legt darüber näheres. Reist vor allem in die deutschen Reichs- und Grenzlandgebiete, die mit Sehnsucht auf uns warten und uns ganz besonders herzlich aufnehmen und willkommen heißen werden. Reist vor allem schon jetzt im Monat Mai und laßt die Hauptreisezeit jenen Kameraden übrig, die Familie haben und mit Frau und Kindern verreisen möchten. Auch hier heißt es, Disziplin halten und Volksgemeinschaft üben; wenn wir das beherzigen, dann wird es auch möglich sein, jedem sächsischen Arbeitskameraden und jeder Arbeitskameradin, die mit uns verreisen möchten, die Teilnahme an einer Urlaubsfahrt zu ermöglichen.

Saatenland Anfang Mai

Der Monat April brachte unbeständiges Wetter mit wechselnden Temperaturen, häufigen Niederschlägen und wiederholten Nachfrösten. Die Wintersaaten haben sich im allgemeinen günstig weiterentwickelt, doch ist der Stand des Winterroggens nicht einheitlich. Unter der Wirkung des Kälte-Einbruchs im März und der feuchten Witterung haben die stark bestockten und meist zu üppig bestanden Frühsaaten des Winterroggens oft empfindlich gelitten; sie sind dünner geworden und mußten bisweilen sogar neu bestellt werden. Winterweizen und Wintergerste stehen meistens befriedigend. Der Raps hat teilweise durch die Witterung gelitten. Die Frühjahrbestellung hat sich infolge der nassen Witterung verzögert; die Saat des Sommergetreides ist noch nicht beendet; die Kartoffel- und Rübenfelder werden hergerichtet; das Säen der Rüben und das Legen von Frühkartoffeln hat begonnen. Auch die Kleeschläge stehen uneinheitlich; teils sind sie gut bestanden und entwickelt, teils stehen sie infolge der Trockenheit des Vorjahres dünn und lückig, so daß sie bisweilen neu bestellt werden müssen. Weiden und Wiesen haben sich günstig entwickelt, so daß der Aukttrieb des Viehes auf die Weiden schon vielfach erfolgen konnte. An Schädlingen werden Feldmäuse, Getreidebläufäher, Frühliegen, Drehtwämer, Erdraupen, der Kleckrebs und am Raps der Rapsplatanfäher beobachtet.

Für das Land Sachsen wurden vom Statistischen Landesamt folgende Durchschnittswerten des Saatenstandes errechnet (dabei bezeichnet 1 einen sehr guten, 2 einen guten, 3 einen mittleren, 4 einen geringen und 5 einen sehr geringen Stand): Winterroggen 2,6 (3,0), Winterweizen 2,5 (3,1), Wintergerste 2,6 (3,0), Raps 2,6 (2,8), Riee 2,9 (3,3), Sommer 2,6 (2,7), Be- (Ent-)wässerungswiesen 2,6 (2,8), andere Wiesen 2,8 (2,9); die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf Anfang Mai, 1934.

Landwirtschaftliche Verwertung städtischer Abwässer

Der sächsische Wirtschaftsminister gibt im Sächsischen Verwaltungsblatt eine Ausführungsverordnung zu dem Reichserlaß über die landwirtschaftliche Verwertung der städtischen Abwässer bekannt, in der u. a. betont wird, daß die landwirtschaftliche Verwertung der Abwässer in Sachsen schon deshalb tunlichst zu fördern ist, weil die dichte Besiedlung Sachsens sowie seine große Erwerbslosigkeit besondere Veranlassung geben, jede Möglichkeit zur Steigerung der Bodenerträge und der Arbeitsbeschaffung weitgehend auszunutzen. Dadurch, daß die bisher nutzlos in die stehenden Gewässer geleiteten Abwässer der Landwirtschaft nutzbar gemacht werden, wird gleichzeitig der fortschreitenden Verschmutzung der öffentlichen Gewässer Einhalt getan. In der Verordnung wird schließlich noch besonders auf die Verwertung der Leipziger Abwässer durch Abwasserverwertungs- bzw. Rieselfeld-Genossenschaften hingewiesen.

Vom harten Lebenskampf ermüdete Mütter sollen dem deutschen Volk gesund und leistungsfähig erhalten werden! Reibe auch Du Dich ein in die Kampffront für dieses Ziel! Werde Mitglied der NS-Volkswohlfahrt!

Sächsisches Gautreffen in Dresden

Die Vorbereitungen für den Gautag der NS-DAF Sachsen in Dresden am 24., 25. und 26. Mai sind in Angriff genommen. In Dresden beginnt demnach der Tribünenbau für den Vorbeimarsch. Die Parteilisten für ihre stolzen Tage in Sachsen.

Sonntagsrüdfahrarten auf den staatlichen Kraftwagenlinien

Auf den staatlichen Kraftwagenlinien wurden bisher 12er und 2er Fahrcheine ausgegeben, die eine Verbilligung gegenüber den Einzelfahrarten und den Rüd-fahrcheinen darstellten; sie hatten aber den Nachteil, daß diese Vergünstigung nur verhältnismäßig wenigen Fahr-gästen zugute kam, weil der Gesamtpreis eines 12er oder 2er Fahrcheines für viele Benutzer zu hoch war. Die Staatliche Kraftwagenverwaltung gibt deshalb vom 15. Mai ab, dem Beginn des Sommerfahrplanes, an Stelle der 12er und 2er Fahrcheine nur noch 6er Fahrcheine heraus, die einen Monat Gültigkeit haben und übertragbar sind. Die Ermöglichung der 6er Fahrcheine entspricht im allgemeinen der bisherigen Ermöglichung der 12er Fahrcheine. Es ist deshalb zu erwarten, daß von dieser Vergünstigung weiteste Kreise Gebrauch machen werden.

Ferner sollen verkehrsweise auf einer Anzahl Strecken Sonntagsrüdfahrcheine eingeführt werden, die eine ähnliche Preisermäßigung wie die Sonntagsrüdfahrcheine bei der Reichsbahn zeigen. In Aussicht genommen sind: Teilstrecken der Eillinien Dresden-Dachau-Leipzig, Leipzig-Wittenberg-Zwickau und Chemnitz-Frohburg-Leipzig; Kerner die Strecken: Dresden-Königsbrunn, Dresden-Kamenz, Dresden-Heidenau-Birna-Berggöhlhübel, Birna-Berggöhlhübel, Dresden-Riesa, Dresden-Morkburg, Freiberg-Nieder- und Oberbobrich, Baugen-Kamenz, Baugen-Neutirch, Bischofswerda-Neutirch, Jittau-Löbau, Jittau-Großschönau, Jittau-Reichenau, Chemnitz-Stollberg, Chemnitz-Aue, Chemnitz-Frankenberg, Chemnitz-Markersdorf, Chemnitz-Röhdendorf, Chemnitz-Witzgendorf, Plauen-Bad Elster, Delnsitz-Bad Elster und Plauen-Hof. Von dem Ergebnis des Versuches wird es abhängen, ob die Sonntagsrüdfahrcheine aufrechterhalten bleiben oder auf weitere Verkehrsbeziehungen ausgedehnt werden.



Vorleseabzeichen für das Gauportfest in Leipzig
Der Werbeauszug für das 1. Sächsische Gaufest des Deutschen Reichsbundes für Leibesübungen vom 13. bis 21. Juli dieses Jahres beschreitet in der Werbung für das Fest neue Wege. Er hat jetzt schon ein Vorleseabzeichen aus Holz befehlen lassen, das in den Orten der ergebungsreichen Spielwärendärte angefertigt worden ist. In Verbindung mit diesem Vorleseabzeichen, das einen Turner oder Sportler vor dem Leipziger Völkerschlachtdenkmal zeigt, werden je drei künstlerische Karten mit Spitzenkannern und Weibern aus allen Gebieten der Leibesübungen ausgegeben. Die Vorleseabzeichen mit den Festplakaten sind bei der Gauverleiherstelle in Leipzig C. 1, Magazinalle 1111, zu beziehen.
Für die Teilnehmer am 1. Sächsischen Gaufest des DAF in Leipzig gemäß der Deutsche Reichsbahn bei Benutzung der vorgegebenen Sonderzüge aus allen Gegenden Sachsens 75 % Fahrpreisermäßigung.